

3  
4 

# Stillstand überwinden – Innenpolitik wieder

## zukunftsfähig gestalten

5  
6  
7 

### Innenpolitisches Positionspapier

8 

#### I. Ausgangslage

- 9
- 
- 10 1. Nach einer knappen Hälfte, die in der laufenden Legislaturperiode nun vergangen ist, gilt es, auch
- 
- 11 mit Blick auf die Innenpolitik in Bremen und Bremerhaven Bilanz zu ziehen, aber aus Sicht der
- 
- 12 Opposition insbesondere auch einen Ausblick auf die zweite, vor uns liegende Hälfte zu werfen.
- 
- 13 Für die Innenpolitik Bremens und Bremerhavens sind es zwei verlorene Jahre gewesen. Stillstand,
- 
- 14 Desinteresse, Perspektivlosigkeit und ambitionslose Orientierung am Tagesgeschäft kennzeichnen
- 
- 15 die Innenpolitik gegenwärtig. Ein links-orientierter Koalitionsvertrag hat diesem Politikbereich von
- 
- 16 Beginn der Legislatur an eine Randbedeutung und ein Schattendasein zugewiesen. Die
- 
- 17 Konkretisierung dieser Koalitionspolitik, z.B. in der Novellierung des Polizeigesetzes oder in den
- 
- 18 Haushaltsbeschlüssen, hat endgültig gezeigt, dass Innere Sicherheit, Bürgerservice oder auch
- 
- 19 Brand- und Katastrophenschutz keine politische Priorität haben. Polizei, Ordnungsbehörden,
- 
- 20 Feuerwehr und auch Rettungsdienste agieren quasi dauerhaft am Limit. Stattdessen müssen die
- 
- 21 Behörden des Ressorts täglich um Ressourcen kämpfen und laufen Entwicklungen und Bedarfen
- 
- 22 hinterher. Die Folge ist, dass Respekt und Vertrauen in eine jederzeit handlungsfähige Polizei
- 
- 23 schwinden. Erhöhter Kontrolldruck, wie z.B. jetzt in Pandemiezeiten notwendig, kann nur mit
- 
- 24 Mühe und temporär erzeugt werden. Eine proaktive Innenpolitik, wie in anderen Bundesländern,
- 
- 25 gibt es nicht. Innenpolitische Schwerpunktsetzungen sind nicht erkennbar. Wir erwarten deshalb
- 
- 26 eine politische
- Agenda**
- , die sich an gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen orientiert
- 
- 27 und für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die beteiligten Behörden, klare und transparente
- 
- 28 Vorgaben enthält. Nicht alles wird sofort möglich sein, umso mehr ist es notwendig, einen Weg zu
- 
- 29 beschreiben und zu beginnen.
- 
- 30
- 
- 31 2. Die Corona-Pandemie hat auch in der Innenpolitik die Defizite schonungslos offengelegt: Für
- 
- 32 Katastrophen- und Ausnahmefälle bestehen weder aktuelle Pläne noch annähernd ausreichende
- 
- 33 Reserven. Auch in Bremen und Bremerhaven muss die Frage der Resilienz von Behörden,
- 
- 34 insbesondere im Bereich des Innenressorts, nachdrücklich gestellt werden und bei Veränderungen
- 
- 35 mehr als bisher berücksichtigt werden. Dafür ist eine breitere und vielfältigere Planung notwendig,
- 
- 36 die im Zusammenhang mit möglichen Katastrophenszenarien alle Bereiche mitdenkt,
- 
- 37 Vorgehensweisen für diverse Schadenslagen erarbeitet bspw. für Cyberangriffe und
- 
- 38 entsprechende Fähigkeiten zur Bewältigung darstellt. Organisation, Kommunikation und
- 
- 39 Datenverarbeitung erinnern eher an das vergangene Jahrhundert und haben mit zeitgemäßen
- 
- 40 Standards kaum etwas gemeinsam. Auch hierin liegt eine Ursache dafür, dass Antworten auf

41 Herausforderungen, z.B. durch eine veränderte Kriminalität, auf Augenhöhe immer mehr  
42 ausbleiben. Entscheidend kommt hinzu: Personelle, materielle, rechtliche oder finanzielle Mittel,  
43 also an gegenwärtigen und zukünftigen Bedarfen orientierte **Ressourcen**, sind die  
44 Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung politischer Ziele. Es ist in Erinnerung zu rufen,  
45 dass Sicherheit zu den Kernaufgaben des Staates gehört, eine besondere Verantwortung der  
46 Länder ist und deshalb eine auskömmliche, an Veränderungen orientierte Bemessung von  
47 Ressourcen eine politische Pflichtaufgabe ist und bleibt. Stattdessen herrschen in der Republik  
48 Sicherheitsvorsorge und Bürgerservice nach Kassenlage und es droht eine Politik der Inneren  
49 Sicherheit mit höchst unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Schon jetzt ist Bremen eine Hochburg  
50 des politischen Extremismus. Die Kriminalitätskennziffern liegen in einigen Feldern wie bei  
51 Straftaten zum Nachteil älterer Menschen, Gewalt gegen die Polizei oder Kindesmissbrauch und  
52 Kinderpornografie in Spitzenbereichen. Die Aufklärungsquote ist mit 51,5% eine der geringsten in  
53 der Republik und die Polizei sitzt auf Bergen unerledigter Fälle. Bremen braucht nicht nur Ziele,  
54 sondern klare Rahmenbedingungen für die Behörden, die transparente, kontinuierliche, moderne  
55 und auskömmliche Arbeitsgrundlagen schaffen. Wir erwarten deshalb, was eigentlich eine  
56 Selbstverständlichkeit sein sollte: Die Vorgaben sind mit den notwendigen, klar zu ermittelnden  
57 Ressourcen zu unterlegen.

58

59 3. Der Erfolg von Innenpolitik, insbesondere aber der in der Inneren Sicherheit, wird längst nicht (nur)  
60 durch lokale Politik und Entwicklung bestimmt. Kriminalitätsstrukturen sind nicht an  
61 Ländergrenzen orientiert, technologische Veränderungen betreffen als Herausforderung und  
62 Chance alle gemeinsam und schon jetzt erfordert dieses ein dichtes Zusammenwirken von Ländern  
63 untereinander und mit dem Bund. Zum Teil internationalisierten und organisierten Formen der  
64 Bedrohung muss mit überregional und international handlungsfähigen Mitteln begegnet werden.  
65 Die **Sicherheitsarchitektur** in unserem Land muss mehr und flexibler als bisher den Bedarfen  
66 angepasst werden. Strukturen dürfen nicht als „föderale Besitzstände“ verstanden werden,  
67 sondern müssen nach dem Grundsatz der Effektivität ggf. auch verändert werden.

68

69 Die Behörden des Innenressorts und die im Bereich des Magistrats, ganz gleich ob Polizei,  
70 Feuerwehr oder auch Standesamt und Wahlamt, sind in erster Linie Dienstleistungsorganisationen  
71 für die Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens. Diese erwarten zu Recht nicht nur  
72 eine zuverlässige und kompetente, sondern auch eine schnelle Hilfe und Unterstützung im  
73 Bedarfsfalle. Datenaustausch und Kommunikation, Antragsstellung und Bescheiderteilung,  
74 Vorgangsbearbeitung, Anzeigenerstattung und auch Wahlen zu Parlamenten in Kommunen,  
75 Ländern und im Bund müssen mehr als bisher auf eine digitale Grundlage gestellt werden.  
76 Verwaltung und Administration sind endlich und grundsätzlich papierlos zu organisieren. Auch die  
77 Ermittlungsarbeit der Polizei, Einsatzführung bei Feuerwehr und Hilfsorganisationen oder auch die  
78 Effektivität der Extremismusbekämpfung, gleich aus welcher Richtung, des Landesamtes für  
79 Verfassungsschutz hängen von einer zeitgemäßen Ausstattung insbesondere im Bereich der IT ab.  
80 Wir erwarten einen ganzheitlichen Masterplan für Investitionen in eine **digitale Offensive**.

81

82 4. Demgegenüber haben die Behörden mit Sicherheitsaufgaben, deren Angehörige sich jeden Tag für  
83 Bürgerwohl, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einsetzen, Anspruch auf **Wertschätzung,**  
84 **Respekt, Konsequenz, Vertrauen und angemessene Arbeitsbedingungen.** Dazu gehören auch  
85 eine ansprechende und moderne Arbeitsumgebung auf den Revieren und Dienststellen sowie eine  
86 zeitgemäße Fahrzeugausstattung. Es ist eine ständige und gemeinsame Aufgabe von Politik, den

87 betroffenen Behörden, der Justiz, aber auch der in der Erziehungsarbeit von  
88 Bildungsorganisationen, darauf hinzuwirken und, wo notwendig, Verstöße zeitnah und  
89 konsequent zu ahnden. Politik hat konsequent diesen Behörden den Rücken zu stärken, um den  
90 Eindruck zu verhindern, ihr Handeln sei, wie z.B. am Beispiel der „Dete“ oder des „Alten  
91 Sportamtes“, von politischen Vorgaben und Einseitigkeit beeinflusst. Auch die Behörden selbst  
92 müssen durch ausnahmslose Integrität ausschließen, dass durch rassistische, sexistische oder  
93 diskriminierende Kommunikation oder Verhaltensweisen Einzelner Wertschätzung, Respekt und  
94 Vertrauen zur knappen Ressource wird und derlei Vorfälle zu unberechtigten Generalisierungen  
95 Vorwände liefern. Zweifel daran und Fehlverhalten, wie jüngst bei der Bremer Feuerwehr, müssen  
96 im Gegenteil ein Weckruf für mehr Engagement und Wertschätzung für den öffentlichen Dienst im  
97 Allgemeinen und die nahe am Bürger tätigen Behörden, wie z.B. Polizei, Feuerwehr und  
98 Hilfsorganisationen, sein. Dieses darf sich nicht in Grußadressen und Solidaritätsbekundungen  
99 erschöpfen, sondern muss sich zuerst in der Politik gegenüber den Mitarbeitern in diesen  
100 Behörden konkretisieren. Ständige Überlastung, Arbeiten am Limit und mit unzeitgemäßen  
101 Bedingungen und Ausstattungen, kaum oder nicht vergoltene Überstunden und häufig kaum noch  
102 konkurrenzfähige Besoldungsstrukturen und Entwicklungsmöglichkeiten sowie vielmals nicht  
103 dienstposten- und aufgabengerechte Bezahlung sind nicht nur eine Frage der Effizienz,  
104 Gerechtigkeit und Attraktivität des Arbeitgebers, sondern eben auch das Gegenteil von  
105 Wertschätzung und Respekt.

106 Wir brauchen eine gesellschaftliche Diskussion über die Grenzen des Akzeptablen und des zu  
107 Tolerierenden in Kommunikation und Verhalten. Das gilt in der realen Welt, es gelten aber auch  
108 die gleichen **Regeln** im digitalen Netz, denen hier besser als bisher Geltung zu verschaffen ist. Nicht  
109 alles was inakzeptabel ist, ist auch strafbar und so dem behördlichen Handeln und Eingreifen  
110 unmittelbar zugänglich. Hass, Hetze, Tumulten, Diskriminierungen, Rücksichtslosigkeiten,  
111 Rassismus oder Sexismus, durchaus häufig an der Nahtstelle oder im Vorwege von Kriminalität,  
112 vorzubeugen und entgegenzuwirken, ist nicht nur eine behördlich-staatliche Aufgabe von Polizei  
113 und Justiz, sondern eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Gesamtgesellschaftlichen  
114 Zusammenhalt als Ziel zu verfolgen und sozial-adäquates Verhalten einzufordern, ist offensiver ins  
115 Bewusstsein zu rücken. Radikalisierung, Verschwörungstheorien, veränderte und neue  
116 Kriminalitätsphänomene sowie zunehmende gesellschaftliche Desinformation und Manipulation  
117 sind Nebenwirkungen einer immer breiteren und tieferen Bedeutung des Internets. Prävention in  
118 diesem Bereich ist nur gesamtgesellschaftlich möglich, soziale Achtsamkeit und Zivilcourage sind  
119 entscheidende Bestandteile und Voraussetzungen für Sicherheit und Konsens. Wir erwarten aber  
120 auch eine konsequentere und sichtbarere Repression des Staates, dort wo es notwendig ist. Dazu  
121 muss gerade in neuen oder veränderten Kriminalitätsfeldern im oder mit Hilfe des Netzes die  
122 Kompetenzen, Organisation, Zusammenarbeit und Fähigkeiten deutlich verbessert und  
123 ausgeweitet werden. Dieses schließt auch bedarfsgerechte Rechtssetzungen, z.B. im Bereich der  
124 Telekommunikationsüberwachung oder den Abbau übertriebener Schutzrechte, z.B. im Bereich  
125 des Daten- oder Vermögensschutzes, voraus.

126

127 5. Das Ergebnis des gesetzgeberischen Verfahrens zur **Novellierung des Polizeigesetzes** im  
128 vergangenen Jahr hat unsere schlimmsten Befürchtungen übertroffen. Unter Druck geraten durch  
129 schon vor geraumer Zeit in Kraft getretener europäischer Datenschutzaufgaben und koalitionärer  
130 Meinungsverschiedenheiten ist ein Gesetzeswerk zu Lasten einer effektiven Polizeiarbeit  
131 entstanden. Ohne Kompensation wird die Novellierung des Polizeigesetzes zur Schwächung der  
132 Polizeiarbeit vor Ort führen. Wir erwarten zwei Jahre nach Inkrafttreten des Polizeigesetzes eine

133 vorbehaltlose Evaluation (unter Einbindung externen Sachverständes), verbunden mit der  
134 Bereitschaft politische Fehler ggf. zu korrigieren und eine vollständige Kompensation der zusätzlich  
135 entstandenen Bedarfe. Hierbei sind aber auch absehbar verbürokratisierende Regelungen, wie  
136 beispielsweise das Ausstellen von Quittungen bei polizeilichen Überprüfungen oder  
137 Datenschutzstandards, die über die Europäische Datenschutzgrundverordnung hinausgehen, in  
138 den Blick zu nehmen. Zudem ist unabdingbar, alle aus der Polizeigesetznovelle resultierenden  
139 personellen und finanziellen Mehraufwände auch zusätzlich darzustellen.  
140

## 141 II. Handlungsfelder

142

### 143 1. **Schwerpunkte setzen**

144 Entwicklungen in der Struktur der Kriminalität und demgegenüber verfügbare (aktuell nicht  
145 ausreichende) Kapazitäten der Kriminalitätsbekämpfung zwingen zu einer deutlicheren Setzung  
146 von Prioritäten. Die derzeitige Strategie des Innenressorts „Wir machen alles ein bisschen und das  
147 wie bisher“, ist schon länger nicht mehr tragfähig. Wir wollen eine polizeiliche  
148 Schwerpunktsetzung, der dann auch eine entsprechende Ressourcensteuerung folgt, für folgende  
149 Deliktsfelder:

150

- 151 • Staatsschutzdelikte (u.a. politischer und religiöser Extremismus)
- 152 • Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (u.a. Kriminalität gegen Kinder,  
153 sexualisierte Gewalt)
- 154 • Computer- und Internetkriminalität (u.a. Betrug, Datenmissbrauch und -diebstahl, Angriffe  
155 auf Infrastruktur)
- 156 • Organisierte- und Clankriminalität

157

158 Für alle Felder sind eigene und verstärkte Organisationseinheiten zu bilden. Gesetzte  
159 Schwerpunkte sind jährlich zu evaluieren und im Einvernehmen von Polizei, Justiz und Innenressort  
160 zu bestätigen oder zu verändern. Prioritäten zu bilden bedeutet z.B. auch, eine eigene Internet-  
161 und Cyberpolizei zu gründen ist. Durch rechtliche Veränderungen wird in die Bekämpfung der  
162 organisierten Kriminalität und der Clankriminalität der Verfassungsschutz einbezogen und  
163 entsprechend ausgestattet.

164 Schwerpunktsetzungen in der Kriminalitätsbekämpfung müssen im Zweistädtestaat Bremen, mit  
165 seinen beiden Kommunen Bremen und Bremerhaven, ggf. auch regional-lageabhängig möglich  
166 sein. So spielt in Bremerhaven, wie in anderen internationalen Hafenstandorten in Europa auch,  
167 zum Beispiel der Schmuggel von Rauschgift eine große Rolle. Diese Besonderheit durch die  
168 international ausgerichtete Hafeninfrastruktur ist nicht nur ein Beispiel für regional auftretende  
169 Kriminalitätsphänomene, sondern auch für die dringende Notwendigkeit einer verstärkten  
170 Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, in diesem Fall sowohl national als auch international.  
171 Hier ist insbesondere auch der Bund gefordert, um z.B. durch eine stärkere Präsenz des Zolls für  
172 einen intensiveren Kontroll- und Fahndungsdruck zu sorgen. Auch wenn es positive Beispiele in der  
173 Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden in Bremerhaven bereits gibt: Insgesamt braucht es eine  
174 verdichtete und weniger diversifizierte Zuständigkeit, die sich zurzeit auf Zoll, regionaler Polizei  
175 und der mit den grenzpolizeilichen Aufgaben betrauten Bundespolizei auf drei Organisationen  
176 schon im nationalen Rahmen verteilt. Eine deutlichere Bündelung der Aufgaben beim Zoll würde  
177 nicht nur die Polizei entlasten, sondern auch eine gemeinsame und effektivere Antwort an allen

178 Hafenstandorten gegen diese besonders sozialschädliche Form der organisierten internationalen  
179 Kriminalität erlauben.

## 180 **2. Digitalisierung**

181 In der Kommunikation von Behörden untereinander und zu Bürgerinnen und Bürgern müssen  
182 digitale Verfahren die Regel werden. Auch im Bereich des Innenressorts finden sich immer wieder  
183 Beispiele, wo die Entwicklungen den Ankündigungen hinterherhinken: Z.B. muss die  
184 Anzeigenaufnahme der Polizei insgesamt schrittweise, aber deutlich schneller und nachdrücklicher  
185 als bisher der Fall, entsprechend ausgestaltet werden. Darauf aufsetzend soll eine durchgängige  
186 elektronische Aktenführung und Vorgangsbearbeitung überall dort eingeführt werden, wo irgend  
187 möglich. Ein Zugriff auf Daten muss auch mobil möglich sein durch eine entsprechende  
188 Ausstattung der Einsatzfahrzeuge und jedes einzelnen Beamten und jeder einzelnen Beamtin mit  
189 einem Diensthandy. Eine leistungsfähige WLAN-Ausstattung auf ausnahmslos allen Dienststellen,  
190 verbunden mit der Fähigkeit zu schnellen Video-Verbindungen und schnellem Datenaustausch,  
191 muss zeitnah eine Selbstverständlichkeit werden.

192 Wir wollen zudem die Kleinheit des Landes dazu nutzen, um spätestens die übernächsten Wahlen  
193 zu Bürgerschaft, Beiräten und Stadtverordnetenversammlung vollständig digital auszugestalten.  
194 Schon bei den kommenden Wahlen 2023 sollen deutlich schnellere Auszählungen durch digitale  
195 unterstützende Verfahren sichergestellt werden. Bürgerservice-Center und Standesamt sind so  
196 weiterzuentwickeln, dass physische Kontakte auf ein Minimum des Erforderlichen oder  
197 ausdrücklich Erwünschten beschränkt bleiben. Datenübermittlung und Kommunikation erfolgen  
198 schnellstmöglich ausschließlich digital. Hierfür kann auch eine „Bürger-App“ hilfreich sein mit dem  
199 Ziel, dass künftig Dienstleistungen wie Datenübermittlung und Kommunikation mit nur einem Klick  
200 anwendbar sind, wobei die App auch zur Identifikation und als Transaktionsmittel dienen soll.

201

## 202 **3. Katastrophenschutz, Ehrenamt, Alarmierung und Resilienz**

203 Die Erfahrungen aus der Corona-Krise, aber auch mit dem sog. Warntag, haben gezeigt, dass das  
204 Land Bremen nur unzureichend auf Ausnahmesituationen vorbereitet ist. Schon die sog.  
205 Flüchtlingskrise hat gezeigt, dass die Behörden Bremens in jeder Hinsicht völlig unvorbereitet sind  
206 auf Situationen, die über das Tagesgeschäft hinausgehen. Behördenübergreifend ist ein Konzept  
207 (initiiert und federführend durch den Senator für Inneres) zu erarbeiten, dass die Frage nach  
208 möglichen Szenarien, notwendigen Ressourcen, besserer Vorbereitung und Zusammenarbeit der  
209 Behörden, auch durch Übungen sowie verbesserter Warnung und Information, ggf. durch  
210 Wiedereinführung eines Sirensystems, gegenüber der Bevölkerung beantwortet. Für den  
211 Katastrophenschutz ist und bleibt das Ehrenamt in den freiwilligen Feuerwehren, aber auch im  
212 Technischen Hilfswerk von entscheidender Bedeutung. Hier wollen wir die Nachwuchsarbeit  
213 intensivieren und in der Reichweite auch mit Blick auf die Beteiligung aller Geschlechter und  
214 Bevölkerungsgruppen verbreitern. Dazu beabsichtigen wir einen allgemeinen Tag für das  
215 Ehrenamt zu schaffen, an dem bürgerschaftlich organisierte Einrichtungen gemeinsam mit Schulen  
216 ein Programm entwickeln, bei dem sich Einrichtungen wie Katastrophenschutz, Freiwillige  
217 Feuerwehr, Sportvereine etc. an den Schulen vorstellen können.

218 Gleichwohl muss aber auch die Alarmierungs- und Aufwuchsfähigkeit beteiligter Behörden,  
219 insbesondere die der Polizei, die sich in entsprechenden Lagen schon als mangelhaft erwiesen  
220 haben (Sielwall/ Bremen-Nord), verbessert werden. Schnelle und ggf. überlegende Präsenz ist  
221 auch eine Frage der Prävention und der Fürsorge für die eingesetzten Kräfte.

222

223 **4. Hilfs- und Rettungsdienste**

224 Die Hilfs- und Rettungsdienste stehen durch Corona, aber auch durch allgemein immer häufigere,  
225 auch unnötige, Alarmierungen in einer besonderen Belastungssituation. Zunehmend gefährden  
226 Anfeindungen, Bedrohungen und Behinderungen die Einsätze der Helfer. Wir erwarten eine  
227 verbesserte Bewertung der Einsatznotwendigkeiten im Voraus, Ausstattung aller Rettungswagen  
228 mit einer Videoausrüstung-nach -Bremerhaven auch in Bremen- und eine konsequente  
229 Kostenerhebung bei Einsätzen unterhalb der Notfall- und Eilbedürftigkeit. Dabei kann auch die  
230 Schaffung von zusätzlichen Notfallambulanzen ein geeignetes Mittel sein, um die Notaufnahmen  
231 der Kliniken zu entlasten. Darüber hinaus ist jährlich zu bewerten, inwiefern die Ressourcen im  
232 Rettungsdienst ausreichen, entsprechende Angleichungen sind dann konsequent und zeitnah zu  
233 realisieren.

234

235 **5. Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden/ Behörden mit Sicherheitsaufgaben/  
236 Jugendbehörden**

237 Die Zusammenarbeit der Behörden mit Sicherheitsaufgaben ist nach wie vor verbesserungsfähig.  
238 So vergeht zwischen dem Abschluss von Ermittlungen bei der Polizei und einer Eröffnung des  
239 Verfahrens im Bereich der Justiz nach wie vor zu viel Zeit. Insbesondere bei jugendlichen Tätern ist  
240 das genau das falsche Signal: Eine schnelle Reaktion der Justiz ist häufig das notwendige und  
241 richtige Mittel, um kriminelle Karrieren zu verhindern oder zu unterbrechen. Dazu sollten die  
242 Kompetenzen von Polizei, Justiz und Jugend(gerichts-)hilfe in einem „Haus des Jugendrechtes“  
243 gebündelt werden. Darüber hinaus wollen wir in allen Kriminalitätsbereichen mit Priorität  
244 spiegelbildlich zur polizeilichen Struktur Schwerpunktstaatsanwaltschaften bilden.

245

246 **6. Inneres Gefüge**

247 Bürgerinnen und Bürger, aber auch die politisch Verantwortlichen müssen sich auf loyale und  
248 rechtskonform handelnde Behörden und Verwaltungen verlassen können. Dieses gilt umso mehr  
249 für diejenigen mit Sicherheitsaufgaben. Dazu gehört nicht nur, dass sich die Beamtinnen und  
250 Beamten und auch alle anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Denken, Kommunikation und  
251 Verhalten im Rahmen der Werte- und Rechtsordnung bewegen, sondern hierfür ein Beispiel  
252 abgeben. Insbesondere mit Blick auf digitale Kommunikation sind Mitarbeiterinnen und  
253 Mitarbeiter, besonders in Vorgesetztenfunktion, jährlich verpflichtend weiterzubilden. Für die  
254 notwendige Führungskräfteentwicklung sollte in allen Bereichen eine dementsprechende  
255 Ausbildung Voraussetzung sein bzw. angeboten werden. Für Hinweise auf Missbräuche wird eine  
256 anonym kontaktierbare Stelle eingerichtet. Rassistischen, antisemitischen, sexistischen oder  
257 extremistischen Tendenzen ist ggf. konsequent auch mit den Mitteln des Straf- und Dienstrechtes  
258 entgegenzutreten.

259

260 **7. Bekämpfung von politischem und religiösem Extremismus intensivieren**

261 Politischer und religiöser Extremismus hat in der Gegenwart viele Gesichter und Ausprägungen:  
262 Vom Antisemitismus, über radikale und an der Grenze zum Extremismus agierende Kräfte von links  
263 und rechts, bis hin zum internationalen Terrorismus, mit ethnischen und religiösen Hintergründen,  
264 reichen die Bedrohungen unserer offenen und demokratischen Gesellschaft. Wir wenden uns  
265 konsequent und gleichermaßen gegen jeden Versuch, die Grundlagen unseres Zusammenlebens  
266 und unserer politischen und kulturellen Grundwerte durch politisch gewolltes Verschieben von  
267 Grenzen, durch Verharmlosungen, Falschinformationen, Radikalisierung oder gar Gewalt zu  
268 verändern. Wir werden uns weder an brennende Autos oder beschädigte Polizeireviere noch an

269 Holocaustverleugnung oder Straftaten gegen Menschen mit Migrationshintergrund gewöhnen.  
270 Wir werben im demokratischen Spektrum der Parteien dafür weiterhin um einen Konsens und das  
271 schließt die entschieden eingesetzten Mittel der wehrhaften Demokratie und des Rechtsstaates  
272 ein. Bei der Konkretisierung unserer Bremer Landesverfassung, die dahingehend bereits  
273 entscheidungsreif auf den Weg gebracht ist, erwarten wir von der rot-grün-roten Koalition endlich  
274 politische Eindeutigkeit und unverzügliches Handeln. Wir sehen aber insbesondere mit Sorge, dass  
275 die Sicherheitsorgane in Bremen z.B. in der Bekämpfung linksextremistischer Gewalt kaum  
276 erfolgreich sind und erwarten hier eine Verstärkung insbesondere der polizeilichen  
277 Anstrengungen. Die Gefahr von rechts hingegen ist lange nicht ernst genug genommen worden  
278 und auch ihr muss entschiedener als bisher, auch mit den Möglichkeiten des Verfassungsschutzes,  
279 entgegengetreten werden. Aus unserer politischen Perspektive gäbe es auch im Bundesland  
280 Bremen genügend Anhaltspunkte, die es rechtfertigen würden, die AFD als Beobachtungsobjekt  
281 des Verfassungsschutzes einzustufen. Darüber hinaus halten wir ein Verbotsverfahren für den  
282 Verein „Rote Hilfe“ für längst überfällig.  
283

#### 284 **8. *Städtischem Verfall vorbeugen, Prävention und Sicherheit durch bauliche Veränderungen***

285 Kriminalität wird häufig begünstigt durch Unordnungstendenzen, Vermüllung, bauliche Mängel  
286 und Verfall, mangelnde Beleuchtung und architektonische Angsträume oder auch mangelnde  
287 soziale Aufmerksamkeit. Wenn dem wirkungsvoll und ganzheitlich, wie z.B. in Osterholz-Tenever,  
288 entgegengewirkt wird, erhöht dieses nicht nur die Lebensqualität der dort ansässigen Menschen,  
289 sondern ist auch ein wichtiger Beitrag zur Kriminalitätsprävention. Insgesamt müssen  
290 Sicherheitsbehörden und Immobilienentwickler enger zusammenarbeiten, um den  
291 Sicherheitsaspekt beim Bau von Immobilien immer von Beginn an mit zu denken. Die  
292 Neugestaltung oder Sanierung von Quartieren, z.B. im Bremer Westen und Norden, muss auch  
293 unter diesem Aspekt konsequenter als bisher vorangetrieben und der Grundsatz  
294 “Sicherheit=Lebensqualität“ im jeweiligen Konzept durch einen regionalen “Sicherheitsatlas  
295 berücksichtigt werden. Dazu gehören auch unter diesem Aspekt geplante Beleuchtungen des  
296 öffentlichen Raumes, Reduzierungen von Angsträumen, Wegeführungen oder auch das  
297 Haltestellenmanagement des ÖPNV. Bei großen Wohneinheiten hat sich ein Concierge-Dienst  
298 bewährt und die Möglichkeiten der Videoüberwachung in spezifischen Räumen sind auch noch  
299 nicht ausgeschöpft. Tendenzen des vermehrten Alkoholkonsums in der Öffentlichkeit, Lagern von  
300 ganzen Gruppen im öffentlichen Raum oder aggressives Betteln verursachen Unsicherheit und  
301 bewirken eine abnehmende Aufenthaltsqualität z.B. auch in Einkaufsbereichen. Wir wollen  
302 insgesamt, dass die regional zuständigen Polizeidirektionen gemeinsam mit den örtlichen KOPs  
303 sowie den jeweiligen Beiräten einmal im Jahr die Durchführung einer regionalen  
304 Sicherheitskonferenz anbieten, um dort die Lage und gemeinsam zu ergreifende Maßnahmen zu  
305 erörtern und dazu die Kompetenzen und Vorort-Kenntnisse zu bündeln. Diese sind in einem  
306 regionalen „Sicherheitsatlas“ zusammenzufassen, der die gemeinsamen Feststellungen mit  
307 anderen zuständigen Behörden verbindlich und transparent macht. Zudem werden wir die  
308 polizeiliche Präsenz in den Stadtgebieten Bremens und Bremerhavens, einhergehend mit dem  
309 personellen Aufwuchs der Polizei, erhöhen. Dieses entspricht nicht nur der berechtigten  
310 Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger zum Schutz vor sog. Alltagskriminalität, sondern  
311 verbessert auch die Möglichkeiten des polizeilichen Selbstschutzes durch schnellere Verfügbarkeit  
312 von stärkeren Kräften vor dem Hintergrund zunehmender Gewaltbereitschaft. Schnellstmöglich  
313 wollen wir daher in der Grundlast durchschnittlich zwei in Bremen und einen zusätzlichen  
314 Streifenwagen in Bremerhaven, auf die Straße bringen.

### 315 III. Ressourcen, Strukturen und Steuerung

316

#### 317 1. **Zielzahlen der Polizei schneller erreichen**

318 Polizeiarbeit ist und bleibt vorwiegend auf menschliche Präsenz und Kompetenz angewiesen. Die  
319 Steigerung der objektiven und subjektiven Sicherheit ist maßgeblich davon abhängig, inwieweit es  
320 gelingt, kurz und mittelfristig ausreichende und bedarfsgerechte personelle Ressourcen zu  
321 mobilisieren und auszubilden. Zielzahlen eignen sich nicht zu Überbietungsdiskussionen, sondern  
322 müssen bedarfsgerechte personelle Ziele ausweisen, die ggf. der Lage dynamisch angepasst  
323 werden können. Wir wollen eine verbindliche und transparente zeitliche Planung der Mindest-  
324 Zielzahlen für Bremen (2900 Stellen) und Bremerhaven (520 Stellen), die mittelfristig die derzeitige  
325 Polizeiarbeit entlasten wird. Hierbei sind die durch die jüngste Polizeigesetz Novellierung  
326 entstehenden personellen Bedarfe in der Größenordnung von ca. 40 Stellen noch nicht enthalten,  
327 die für die Kommunen Bremen (ca. 31 Stellen) und Bremerhaven (ca.8 Stellen) zusätzlich  
328 darzustellen und zu finanzieren sind.

329 Insgesamt wollen wir dazu die eigenen Ausbildungskapazitäten an der HfÖV und in der Polizei noch  
330 einmal steigern und auch die Möglichkeiten anderer Bundesländer nutzen, soweit dort  
331 Kapazitäten eingekauft werden können. Zudem muss die permanente, auch für die Behörden mit  
332 Sicherheitsaufgaben selbst aufwendige und an der eigentlichen Aufgabenwahrnehmung  
333 hindernde Mangelverwaltung, aufhören. Wir fordern ständige Aufgabenkritik, aber endlich für  
334 gesetzliche Aufgaben und Erwartungen im Zentrum staatlicher Zuständigkeit, eine auskömmliche  
335 und längerfristig kalkulierbare Finanzierung und Ausstattung.

336

#### 337 2. **Maßnahmen zur polizeilichen Entlastung**

338 Von besonderer Bedeutung ist es, durch schnell wirkende Maßnahmen die Polizei auch kurzfristig  
339 zu entlasten. Dazu schlagen wir vor

- 340 a. weitere Aufgaben auf den Ordnungsdienst zu übertragen und diesen dazu um 1/3  
341 personell weiter zu stärken;
- 342 b. die Dienstzeit von zur Pensionierung anstehenden Polizeivollzugsbeamten auf freiwilliger  
343 Basis und mit attraktiven Konditionen flexibel zu verlängern, um z.B. in Funktionen des  
344 Innendienstes, in der Abarbeitung von Altfällen oder in der Aus- und Weiterbildung  
345 Entlastung zu schaffen;
- 346 c. polizeiliche Arbeit im möglichen Umfang auch durch „Outsourcing“ neu zu strukturieren,  
347 um so z.B. im Gesamtkomplex IT- und Kommunikation für zusätzliche Kapazitäten in  
348 Verwaltung und Ermittlungsarbeit quantitativ und qualitativ zu sorgen;
- 349 d. verstärkt Angestellte im Polizei- und Verwaltungseinst einzustellen, die Aufgaben  
350 übernehmen, die nicht zwingend von Polizeivollzugsbeamten durchgeführt werden  
351 müssen
- 352 e. die Eingangsvoraussetzungen und die Struktur der Polizeiausbildung für die Einstellung in  
353 den Polizeivollzugsdienst zu überprüfen. In Anlehnung an das „Niedersächsische Modell“  
354 können wir uns vorstellen verschiedene Wege zuzulassen. Beispielsweise könnte als Basis  
355 für die Einstellung in den Polizeidienst ein mittlerer Bildungsabschluss und ein 2- jähriges  
356 Praktikum bei der Polizei ausreichen, um anschließend die 3-jährige Ausbildung zu  
357 absolvieren. Auch Polizeiassistenten und Polizeiassistentinnen und Wachpolizisten und  
358 Wachpolizistinnen sollen die Möglichkeit bekommen sich durch die entsprechende  
359 Ausbildung zu regulären Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten weiterzubilden;



- 360 f. Arbeitszeiten stärker als bisher insbesondere im Polizeidienst zu flexibilisieren und eine  
361 individuelle und selbstgeplante Lebensarbeitszeit zu ermöglichen, um z.B. in der jüngeren  
362 Phase der Dienstzeit mehr und in späteren Phasen weniger Arbeitszeit zu organisieren  
363 bzw. um befristete Auszeiten zu ermöglichen;  
364 g. die Arbeitsbereiche und Aufgaben der Kontaktpolizistinnen und -polizisten im Stadtteil  
365 ständig weiterzuentwickeln und ggf. auch auszuweiten.  
366

### 367 **3. Gemeinsame Einsatzsteuerung von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten**

368 Ziel muss es sein, die Effektivität der Arbeit der Behörden mit Sicherheitsaufgaben zu steigern und  
369 das Heben von Synergieeffekten durch gemeinsame Strukturen der Steuerung, der  
370 Datenverarbeitung und der Kommunikation zu ermöglichen. Dort sehen wir noch deutlichen  
371 Verbesserungsbedarf. Wir erwarten für die Stadt Bremen daher bis Jahresende ein Konzept für  
372 eine gemeinsame Einsatz- und Notrufzentrale von Polizei und Feuerwehr, mit der Absicht, diese  
373 bis zum Jahr 2025 spätestens zu realisieren. Auch ein Zusammenwirken mit Niedersachsen ist für  
374 uns denkbar.  
375

### 376 **4. Eigensicherung verbessern**

377 Eine Polizei, die den Eindruck erweckt, dass sie z.B. hinsichtlich ihrer Fahrzeuge nicht den  
378 Eigenschutz vor Straftaten wirkungsvoll realisieren kann, verliert auch im Außenverhältnis  
379 insgesamt an Glaubwürdigkeit. Wir erwarten eine vollständige Überwachung der Infrastruktur von  
380 Gebäuden und Ausstattung von Behörden mit Sicherheitsaufgaben mindestens durch ständige  
381 Live-Beobachtung via Video und Bewegungsmeldeeinrichtungen, insbesondere da, wo die  
382 Sicherheit durch bauliche Maßnahmen nicht vollständig sicherzustellen ist. Noch wichtiger ist uns  
383 allerdings die Sicherheit der Polizeibeamtinnen und -beamten. Wir wollen allen Beamtinnen und  
384 Beamten im Außendienst das Tragen einer persönlichen Videoausrüstung (Body-Cam)  
385 ermöglichen. Zur weiteren Erhöhung der Sicherheit werden alle Fahrzeuge der Polizei, aber auch  
386 des Rettungsdienstes, mit einer Videoeinrichtung aus-, bzw. nachgerüstet, die insbesondere im  
387 Nahbereich das Einsatzgeschehen dokumentieren kann.  
388

### 389 **5. Attraktivität und Flexibilität des öffentlichen Dienstes steigern**

390 Insbesondere für ein kleines Land wie Bremen ist die Attraktivität des öffentlichen Dienstes, etwa  
391 zur Gewinnung von qualifiziertem Nachwuchs, nicht nur eine Standort- und Gerechtigkeitsfrage,  
392 sondern auch ein Sicherheitsaspekt. Dazu wollen wir eine zweijährliche Evaluation der Besoldungs-  
393 und Förderbedingungen im Vergleich zu den anderen Bundesländern und zum Bund. Für alle  
394 Angehörigen von Behörden mit Sicherheitsaufgaben schlagen wir ein mittelfristig anzulegendes  
395 Konzept für eine zweigeteilte Laufbahn nach dem Vorbild der Polizei vor. Speziell ausgewiesene  
396 Stellen mit besonderen Qualifikationen und/oder Erfahrungen (z.B. im Bereich IT oder der  
397 Gewinnabschöpfung), bei denen eine besondere Konkurrenzsituation zum freien Arbeitsmarkt  
398 gegeben ist, müssen auch unabhängig vom Tarif- und Besoldungssystem frei verhandelbar bezahlt  
399 werden können. Zudem können wir uns attraktive Konditionen wie Arbeitgeberdarlehen für  
400 Eigentumserwerb oder Dienstradleasing vorstellen. Das Nutzen von Homeoffice, wo immer es  
401 möglich ist und regelmäßige Aus- und Fortbildungen sollten als Selbstverständlichkeit im  
402 Öffentlichen Dienst gelten.  
403

## 404 IV. Verfahren, Organisation und Einsatzmittel

405

### 406 1. *Einführung des Tasers jetzt*

407 Veränderte Herausforderungen müssen auch veränderte Reaktionsmöglichkeiten und  
408 Einsatzmittel der Polizei nach sich ziehen. Auch wenn selbstverständlich immer sorgfältig zwischen  
409 Bürger- und Freiheitsrechten auf der einen und Sicherheitsinteressen auf der anderen Seite  
410 abzuwägen ist: Die Diskussion um den sog. Taser hat diese Ebene in der Bremischen Koalition  
411 längst verlassen und ist zu einer koalitionären Machtfrage auf dem Rücken der Polizistinnen und  
412 Polizisten in Bremen und Bremerhaven geworden, oder besser gesagt dazu verkommen. Wir  
413 erwarten nach dem faktisch längst abgeschlossenen Erprobungs- und Begutachtungsverfahren  
414 eine unverzügliche Einführung dieses Einsatzmittels insbesondere bei der Schutz- und  
415 Bereitschaftspolizei, mit dem kurzfristigen Ziel, es auf jedem Einsatzfahrzeug und in allen  
416 Einsatzgruppen mindestens einmal verfügbar zu machen.

417

### 418 2. *Urbane Einsatzmittel schaffen*

419 Modernität kann auch durch die Rückkehr zu klassischen Einsatzmitteln und -verfahren zum  
420 Ausdruck kommen. Wir erwarten kurzfristig die Schaffung einer Polizeifahrradstaffel, um z.B. in  
421 urbanen und dicht besiedelten Bereichen der Stadt/ der Städte schnell und unmittelbar Präsenz  
422 zeigen zu können. Perspektivisch wollen wir auch den Aufbau einer Reiterstaffel bei der Bremer  
423 Polizei prüfen, um z.B. in Parkanlagen oder in Weser-Nähe direktere Eingriffs- und  
424 Präsenzmöglichkeiten zu gewinnen und um diese natürlich im Rahmen von Großveranstaltungen  
425 wie Fußballspielen einsetzen zu können. Ggf. kann auch eine gemeinsame Reiterstaffel mit  
426 Niedersachsen eingeführt werden. Derlei Einsatzmittel und -verfahren können auch zu einem  
427 „freundlichen Gesicht“ einer modernen Bürgerpolizei beitragen.

428

### 429 3. *Zeitgemäße Technik in der Ermittlungsarbeit nutzen*

430 Technische Verfahren können die Polizeiarbeit in vielen Bereichen unterstützen und effektivieren.  
431 Insbesondere um mobiler und organisierter Kriminalität von außen, z.B. durch zugereiste  
432 Tätergruppen, besser begegnen zu können, halten wir eine Verbesserung der eingesetzten Technik  
433 für unabdingbar. Beispielsweise kann der Einsatz von Drohnen, wie sie in anderen Bundesländern  
434 bei der Polizei bereits genutzt werden, bei der Suche nach vermissten Personen oder bei der  
435 Verkehrsüberwachung helfen. Wir erwarten zur Machbarkeit und Umsetzbarkeit z.B. des sog.  
436 „Predictive Profilings“, zur Einführung von verbesserten IT-Mitteln zum Auffinden illegaler  
437 Finanzmittel und Vermögen oder auch zur Intensivierung der (überregionalen) Schleierfahndung  
438 durch Kennzeichenlesegeräte eine Arbeitsgruppe in der Polizei einzusetzen, die unabhängig von  
439 der Politik bis Ende 2022 ein gemeinsames Gutachten über beabsichtigte Maßnahmen unter  
440 technischen und rechtlichen Gesichtspunkten vorlegt.

441 Zeitgemäß zu sein heißt auch eine Vorreiterrolle bei der Klimawende anzustreben und die Nutzung  
442 von alternativen, ökologischeren Antriebsarten schneller als bisher voran zu treiben. Der  
443 öffentliche Dienst sollte bei der Neubeschaffung von Land- und Wasserfahrzeugen bspw. für  
444 Polizei und Feuerwehr, die in einem kontinuierlichen Beschaffungsrhythmus erfolgen müssen, die  
445 Gesichtspunkte und Erfordernisse der Klimawende umzusetzen.

446

447

448

449 **4. Kriminalitätsbekämpfung auf Augenhöhe mit den Tätern**

450 In der Kriminalitätsbekämpfung hat sich herausgestellt, dass diese nicht nur dann wirkungsvoll ist,  
451 wenn die Mittel des Strafrechtes konsequent und wirkungsvoll zu Geltung gebracht werden.  
452 Z.B. kann mit den Mitteln des Baurechts die Ansiedlung sozialschädlicher Infrastruktur (z.B. im  
453 Rotlicht-Milieu) gesteuert und ggf. verhindert werden. Behörden mit speziellen Aufgaben und  
454 Kompetenzen in der Kriminalitätsbekämpfung (z.B. der Steuerfahndung oder des Zoll) können  
455 enger als bisher an die Strukturen der regional tätigen Polizeibehörden in Bremen und  
456 Bremerhaven angebunden werden und z.B. die Spuren illegalen Geldes aufhellen. Denn  
457 insbesondere wollen wir die Mittel der Vermögensabschöpfung stärker als bisher einsetzen. Die  
458 Beschlagnahme von Vermögenswerten bei Straftätern muss, unabhängig von der konkreten  
459 Herkunft, auch zur Regulierung des Gesamtschadens und des Ermittlungsaufwandes, zur  
460 Refinanzierung der Stellen zur Gewinnabschöpfung selbst sowie zur vollständigen Befriedigung des  
461 Opferausgleiches eingesetzt werden können. Auch die Sanktionierung oder Unterbindung von  
462 notorischen Verletzungen des Straßenverkehrsrechtes kann, durch (auch zeitweise) einfachere  
463 Beschlagnahme des Kfz, wirkungsvoll ergänzt werden. Um dieses Maßnahmenpaket vorzubereiten  
464 und zu realisieren erwarten wir bei Polizei und Staatsanwaltschaft im Bereich der  
465 Vermögensabschöpfung eine Verdopplung der (personellen und finanziellen) Ressourcen bis 2025.  
466

467 **V. Sicherheits- und Behördenarchitektur**

468

469 **1. Föderale Sicherheitsstrukturen vorbehaltlos evaluieren und ggf. verändern**

470 Die föderale Struktur unseres Staates gehört zu den fundamentalen Grundlagen unseres Landes  
471 und die grundsätzliche Zuständigkeit der Länder für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger  
472 ist ein Kernbestandteil unserer föderalen Aufgabenverteilung auf der Seite der Bundesländer.  
473 Allerdings wird dieses verständlicherweise zunehmend weniger akzeptiert, wenn durch  
474 Ländergrenzen, durch Internationalisierung von Kriminalitätsstrukturen oder Schwächen in der  
475 Aufgabenwahrnehmung Sicherheitslücken entstehen oder entstehen könnten. Immer wieder sind  
476 Nahtstellen der Zusammenarbeit Fehlerquellen, Ursachen für mangelhafte Effektivität und  
477 zusätzlicher Aufwand für die Koordinierung. Immer wieder gibt es Doppelstrukturen, die  
478 konsequent zu entflechten sind und mit dem Ziel einer möglichst eindeutigen Aufgabengestaltung  
479 und effektiven Nutzung der Ressourcen (um-)gestaltet werden sollten. Neben der  
480 Aufgabenverlagerung dahin, wo sie am effektivsten wahrgenommen werden kann (das kann  
481 extern, aber auch in Bremen oder Bremerhaven sein), ist auch eine gemeinsame Arbeit bilateral  
482 mit Niedersachsen oder im Nordverbund denkbar. Wir erwarten vor diesem Hintergrund in der  
483 Sicherheitsarchitektur eine vorbehaltlose Bestandsaufnahme, die sich an den Bedarfen der  
484 Bürgerinnen und Bürger und der (Sicherheits-) Behörden orientieren. Ggf. überkommenen  
485 Strukturen und unzeitgemäßes Denken in Zuständigkeiten und Besitzständen darf nicht zu  
486 Denkverboten von vornherein führen. Wir erwarten eine Bremer Initiative, die im Einvernehmen  
487 mit anderen Bundesländern und dem Bund hier perspektivisch Veränderungen auf verschiedenen  
488 Feldern konzipiert und auf den Weg bringt.

489

490 **2. Strukturen verändern – Strukturen effektiver machen und Synergieeffekte schaffen**

491 In der Konkretisierung dieser Veränderungen schlagen wir mit Blick auf die Behörden mit  
492 Sicherheitsaufgaben vor (zu prüfen):

- 493 a. zur Bekämpfung der kriminalistischen Schwerpunktfelder auf norddeutscher Ebene  
494 gemeinsame Ermittlungsgruppen zu bilden und diese perspektivisch in einer  
495 gemeinsamen Behörde zusammenzufassen;
- 496 b. Beschaffungsvorhaben von Ausstattung, insbesondere bei Polizei, Verfassungsschutz und  
497 Feuerwehr, wo immer möglich mittelfristig und schrittweise mit Niedersachsen  
498 gemeinsam zu realisieren, um hierdurch nicht nur den finanziellen Aufwand zu reduzieren,  
499 sondern um insbesondere in den Verfahren, in der Kommunikation und in der  
500 Datenverarbeitung uneingeschränkt durchlässige Mittel zu organisieren;
- 501 c. die Ausbildung in Polizei und Feuerwehr perspektivisch jeweils gemeinsam mit  
502 Niedersachsen oder auch im norddeutschen Verbund durchzuführen und dazu durch  
503 beide Bundesländer getragene Einrichtungen zu schaffen; wir möchten in einer  
504 gemeinschaftlichen Struktur eine Polizeiakademie entwickeln, an der mit  
505 unterschiedlichen Eingangsqualifikationen in vielfältiger Weise durch Fort- und  
506 Weiterbildungslehrgänge die Qualifikation für den Polizeivollzugsdienst erlangt werden  
507 kann; dort sollen bspw. auch allgemeine Bildungsabschlüsse nachgeholt werden können;
- 508 d. die Zusammenarbeit zwischen Landesamt für Verfassungsschutz und dem Staatsschutz  
509 der Polizei durch Zugriffsmöglichkeiten auf gemeinsame Datenbestände zu erleichtern  
510 und das sog. Trennungsgebot auf die behördliche Unabhängigkeit und unterschiedliche  
511 gesetzliche Aufträge zu beschränken. Perspektivisch sollen die Aufgaben des  
512 Verfassungsschutzes durch eine dezentral organisierte Bundesbehörde oder in  
513 Länderverbänden wahrgenommen werden.

514

### 515 **3. Grenzen länderübergreifender Zusammenarbeit schrittweise überwinden**

516 Auch auf anderen Feldern wollen wir das überregionale Zusammenwirken verändern. Hierzu  
517 gehören

- 518 a. die Verlagerung und Bündelung aller ausländerrechtlichen Zuständigkeiten (einschließlich  
519 der Durchführung von Abschiebungen) auf die Bundesebene. Dadurch wollen wir die  
520 Effektivität der Rückführungen rechtskräftig Ausreisepflichtiger deutlich steigern.
- 521 b. die institutionalisierte Zusammenarbeit der statistischen Landesämter von Bremen und  
522 Niedersachsen, perspektivisch und schrittweise in einer Behörde zusammengefasst;
- 523 c. die Erweiterung der Bundeskompetenzen im Katastrophenschutz mit Ziel alleiniger oder  
524 weisungsbefugter Zuständigkeit in dem Falle, das Katastrophen Ländergrenzen  
525 überschreiten oder überschreiten könnten. Hierzu sind auch Pandemien zu zählen.